

Öffentliche Sondersitzung des Gemeinderates am Montag, 13.03.2006

Dauer der Sitzung: 17:50 Uhr bis 20:40 Uhr

Teilnehmer/-innen:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Müller

CDU-Fraktion:

Stadtrat	Ackermann
Stadtrat	Benz
Stadtrat	Burger
Stadtrat	Dörfler
Stadtrat	Haller
Stadtrat	Dr. Moritz
Stadträtin	Rompel
Stadträtin	Schwarz
Stadtrat	Schweickhardt
Stadtrat	Straubmüller

SPD-Fraktion:

Stadtrat	Baum
Stadtrat	Dr. Caroli
Stadträtin	Dreyer
Stadtrat	Hirsch
Stadtrat	Kalt
Stadtrat	Kleinschmidt
Stadträtin	Schmidt

Fraktion Freie Wähler:

Stadträtin	Bothor
Stadtrat	Girstl
Stadtrat	Hilberer
Stadtrat	Mauch
Stadtrat	Roth
Stadtrat	Wagenmann

Fraktion Die Grünen:

Stadträtin	Granderath
Stadträtin	Kronauer-Dietsche
Stadtrat	Täubert
Stadtrat	Vollmer

FDP-Fraktion:	Stadträtin Stadtrat	Kmitta Uffelmann	
Fraktionslos	Stadträtin	Kronawitter	
beratende Mitglieder:	Erste Bürgermeisterin Bürgermeister Ortsvorsteher Ortsvorsteherin Ortsvorsteher Ortsvorsteher Ortsvorsteher	Kaufmann Langensteiner-Schönborn Baum (als Stadtrat) Deusch Haller (als Stadtrat) Kleinschmidt (als Stadtrat) Roth (als Stadtrat)	
entschuldigt fehlen:	Stadtrat Stadtrat Ortsvorsteher	Müller Neumeister Benz	(Urlaub) (Urlaub) (berufl.)
Schritfführer:	Stadtoberinspektor Weber		
Zuhörer:	25		

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Gemeinderat beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEIT

Antrag der Black Forest Airport GmbH auf Erteilung einer
Ergänzungsgenehmigung zum Betrieb eines Sonderflughafens
für Passagier-Bedarfsflugverkehr zum Europa-Park Rust
und zurück zum Ausgangsort
- Beteiligung der Stadt Lahr als Trägerin öffentlicher Belange

Anl. Sitzungsdrucksache: Beschlussvorlage Nr. 025/2006 vom 06.03.2006;
Stadtplanungsamt

Stadträtin Granderath stellt folgenden Beschlussantrag:

Für den Fall, dass es zu einer Genehmigung eines Sonderflughafens Lahr für Passagier-Bedarfsflugverkehr zum Europa-Park Rust kommen sollte, fordert der Gemeinderat der Stadt Lahr den Flugplatzbetreiber und den Europa-Park-Betreiber auf, einen **Emissionsausgleich** vorzunehmen: die durch einen Flug nach Lahr verursachte Klimaerwärmung wird berechnet. Über einen Aufschlag auf den Preis des Flugtickets wird ein emissionsminderndes Projekt finanziert, das Emissionen in gleicher Höhe einspart, wie der Flug freisetzt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
27 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Gemeinderat fasst folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Lahr unterstützt ausdrücklich den Antrag auf Erteilung einer Ergänzungsgenehmigung und fordert eine zügige Bearbeitung. Er stimmt folgender Stellungnahme der Stadt Lahr zu:

Die Stadt Lahr unterstützt ausdrücklich den Antrag auf Erteilung einer Ergänzungsgenehmigung zum Betrieb eines Sonderflughafens für Passagier-Bedarfsflugverkehr zum Europa-Park Rust und zurück zum Ausgangsort. Gleichwohl hält die Stadt Lahr bzw. der Interkommunale Zweckverband IGP als beteiligter Dritter am Revisionsverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig fest und hat eine ausführliche Stellungnahme beim Gericht eingereicht, weil aus Sicht der Stadt Lahr eine unbeschränkte Passagierfluglizenz vorzuziehen wäre. Dabei gehen wir von sehr guten Aussichten beim Revisionsverfahren aus. Diese Entscheidung obliegt allerdings der BFAL bzw. dem Investor Babcock & Brown.

Dennoch wird auch der private Betrieb eines Sonderflughafens nicht nur den Konversionsstandort Lahr, sondern die gesamte Region wirtschaftlich nachhaltig stärken, insbesondere auch den Europa-Park Rust als größten Arbeitgeber in der südlichen Ortenau und wichtigste touristische Einrichtung in Baden-Württemberg. Der nur an dieser Stelle zu deckende spezifische Bedarf und ein Einfügen in das Gesamtverkehrsnetz sind durch die Antragstellerin und den Europa-Park plausibel belegt. Das Projekt entspricht insbesondere durch seine Bedarfsbezogenheit den im

Landesentwicklungsplan formulierten Belangen der Raumordnung und Landesplanung.

Eine Subventionierung durch Steuergelder erfolgt nicht. Andererseits ist bei einer Versagung der Genehmigung nicht nur der Verzicht auf die Schaffung zahlreicher neuer Arbeitsplätze in einer Region mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenquote verbunden.

Es droht auch der Rückzug eines potenten und vertrauenswürdigen Investors und damit die Aufgabe des Flugplatzes, wodurch eine durch öffentliche Gelder errichtete Infrastruktureinrichtung von außergewöhnlicher Qualität brach läge und ein ebenfalls öffentlich gefördertes bedeutendes Konversionsprojekt in seiner Gesamtheit nachhaltig gefährdet wäre.

Durch das Bekenntnis zur Konsensvereinbarung vom 09.07.2001 wird die potenzielle nächtliche Lärmbelastung gegenüber der jetzigen Genehmigungslage nicht erhöht – im Gegenteil. Das Gleiche gilt für die potenzielle tägliche Luftbelastung.

Die Stadt Lahr fordert, auch im Interesse des Wirtschafts- und Investitionsstandortes Baden-Württemberg den Antrag objektiv und anhand marktwirtschaftlich orientierter Kriterien gründlich und schnell zu prüfen.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem vorigen rund 18 Monate langen Genehmigungsverfahren, dessen Ergebnis und dessen Bewertung durch den Verwaltungsgerichtshof fordern wir alle Beteiligten mit Nachdruck auf, alle vorhandenen Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung zu nutzen. Der jetzige Antrag ist deutlich enger gefasst als sein Vorgänger, so dass sämtliche Argumente bereits bekannt sind und keine neuen Erkenntnisse auftauchen werden.

Um angesichts der immer wieder getroffenen und später jeweils revidierten Aussagen über den Zeitpunkt einer Entscheidung ein Mindestmaß an Vertrauen in die Landespolitik zu bewahren, muss eine belastbare Entscheidung noch im Frühjahr 2006 getroffen werden. Das Investitionsvorhaben von Babcock & Brown darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

INFORMATIONEN AUSSERHALB DER TAGESORDNUNG

Sanierungsgebiet Innenstadt Südwest II

Nachdem die Nichtöffentlichkeit hergestellt wird, informiert Oberbürgermeister **Dr. Müller** über die Verhandlungen mit dem Investor im Sanierungsgebiet Innenstadt Südwest II, Herrn Surbeck. Er teilt mit, dass dieser die Forderung der Stadt Lahr, wie in der Gemeinderatssitzung am 06.03.2006 formuliert, entschieden ablehne. Ein zweites Geschoss ist für Herrn Surbeck nicht vorstellbar. Bürgermeister **Langensteiner-Schönborn** informiert über die Alternative, die in die Verhandlungen mit Herrn Surbeck eingebracht wurde. Dies sei die Gestaltung der Fassade mit einer größeren oder evtl. sogar einer kompletten Glasfassade. Oberbürgermeister **Dr. Müller** bittet den Gemeinderat, ein Stimmungsbild abzugeben, ob in diese Richtung mit Herrn Surbeck verhandelt werden sollte. Vertreter aller Fraktionen sprechen sich grundsätzlich für weitere Verhandlungen mit Herrn Surbeck aus. Oberbürgermeister **Dr. Müller** macht dabei deutlich, dass er das Projekt keinesfalls scheitern lassen möchte. Er bittet den Gemeinderat nun um ein Stimmungsbild ob die Verwaltung folgende weiterführende Verhandlung führen kann:

Die Stadtverwaltung setzt die Gespräche und Verhandlungen mit dem Investor fort. Es soll ein möglichst optimales Erscheinungsbild des Gebäudes erreicht werden. Falls diese Optimierung nicht möglich ist, wird eine Mindesthöhe des Gebäudes auf 8 m festgesetzt, um das Projekt sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen

Weitere Verfahrensweise nach dem Brand des Obdachlosenheims

Erste Bürgermeisterin **Kaufmann** informiert den Gemeinderat über das weitere Vorgehen der Stadt Lahr nach dem Brand des Obdachlosenheims. Für die Obdachlosen sollen zwei Geschosse im bisherigen Asylbewerberheim, Geroldsecker Vorstadt 81, vom Landkreis Ortenaukreis angemietet werden. Mietbeginn soll der 1. Mai 2006 sein. Ein weiterer Vorteil wäre, dass wenn dort Obdachlose untergebracht werden könnten, keine weiteren Asylbewerber dort einquartiert werden könnten. Die Mietkosten könnten beim Landratsamt Ortenaukreis wieder über die dort auszahlende Sozialhilfe hereingeholt werden.

Anschließend an diese Information ergibt sich hierüber eine Diskussion im Gemeinderat. Die Verwaltung wird über dieses Thema zur gegebenen Zeit wieder informieren.

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Gemeinderats während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 13. März 2006

Vorsitzender

Schriftführer

Stadtrat/-rätin

Stadtrat/-rätin